

Otto Kähler

Bericht über die Entstehungsgeschichte der KGS Stuhr-Brinkum anlässlich der Festveranstaltung am 14.09.2026

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Schulgemeinschaft!

1976 - 2026: 50 Jahre KGS Stuhr-Brinkum! Zur Feier dieses Jubiläums sind viele gekommen, die auf irgendeine Weise diese Schule mitgeprägt haben, sei es als Lehrerin oder Lehrer, als Mitarbeiterin oder Mitarbeiter, als Ratsmitglied oder in der Verwaltung, im Förderverein oder in einem anderen Verein. Es sind aber auch viele unter uns, die 1976 noch gar nicht geboren waren. Und mehr als die Hälfte der heutigen Lehrerinnen und Lehrer ist erst in den letzten sieben Jahren an diese Schule gekommen. Besonders für diese Gruppe möchte ich berichten, weshalb und wie es zur KGS gekommen ist und warum die volle Bezeichnung Kooperative Gesamtschule Stuhr-Brinkum lautet.

Ausschlaggebend für die Entstehung und Entwicklung der KGS Stuhr-Brinkum waren mehrere Faktoren, die in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre nicht nur die Schullandschaft, sondern auch die Kommunen verändern sollten.

Denn Mitte der 60er Jahre setzte in der Bundesrepublik eine umfassende Bildungs- und Schulreform ein.

Ein erster Schritt war die bundesweite Anpassung des Schuljahresbeginns an die internationalen Regelungen gewesen; Bis 1966 begann in Deutschland das Schuljahr am 1. April. Der Übergang zum 1. August erfolgte mit Hilfe eines verlängerten Schuljahres, das am 1. April 1966 begann und am 31. Juli 1967 endete. Es hatte also rechnerisch eine Länge von 16 Monaten, wurde aber dennoch als „Kurzschuljahr“ bezeichnet, weil nach Abzug aller Ferien- und Prüfungszeiten die Unterrichtszeit nur etwas mehr als acht Monate betrug.

Mit Beginn des Schuljahres 1967/68 gab es noch weitere bundesweite Änderungen: Statt der bisher 60-minütigen Unterrichtsstunde wurde der 45-Minuten-Takt verbindlich. Dadurch konnten die Stundentafeln modernisiert, mehr Unterrichtseinheiten pro Tag ermöglicht und die Wochenstundenpläne flexibilisiert werden.

Unter anderem wurden z.B. im Schuljahr 1966/67 der Schuljahresbeginn vom 1. April auf den 1. August verlegt und die bisher 60-minütige Unterrichtsstunde auf 45 Minuten verkürzt.

Im November 1969 beschloss die Kultusministerkonferenz - wie es wörtlich hieß - „Schulversuche mit Gesamtschulen“ als neue Schulform neben den drei herkömmlichen Schulformen.

Nun kommt der zweite Faktor ins Spiel: Das waren die damaligen Landesregierungen. In den SPD-geführten Ländern - z.B. in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Bremen und Hamburg (in diesen vier Ländern regierte die SPD zusammen mit der FDP) - wurden für das Schuljahr 1971/72 Gesamtschulen vorbereitet.

In Niedersachsen war es anders: Seit 1967 gab es eine Koalition aus SPD und CDU (der Ministerpräsident war Georg Diederichs). Die CDU setzte sich für den Erhalt und die Stärkung der herkömmlichen Schulformen ein. Die SPD verfolgte eine möglichst umfassende Umsetzung der KMK-Empfehlung. Am Ende fand man einen Kompromiss: Zum 1.8.1971 sollten an neun Standorten in Niedersachsen Schulversuche in Form von Gesamtschulen eingeführt werden - sieben als integrierte und zwei als kooperierte Gesamtschulen - und außerdem die Einrichtung einer eigenständigen Schulform für die Jahrgänge 5 und 6 als sogenannte „Orientierungsstufe“, flächendeckend und verbindlich.

Die Hauptargumente für diese neue Schulform waren (in Kurzform)

- mehr Chancengerechtigkeit (Stichwort Herkunft und Elternhaus)
- eine spätere, besser begründete Schulformempfehlung bzw. Schulformwahl
- eine gezielte pädagogische Förderung und Beobachtung
- und (etwas allgemein formuliert) eine Modernisierung des Schulsystems.

Diese Beschlüsse wären landesweit nicht umsetzbar gewesen ohne einen weiteren Faktor, der nicht nur das schulische Umfeld, sondern alle Bürgerinnen und Bürger betraf.

Denn parallel zur Schulreform plante das Land eine zweite folgenreiche Reform: die Gebiets- und Verwaltungsreform. Ende der 1960er Jahre gab es in Niedersachsen über 4200 Kommunen, davon etwa 250 mit weniger als 100 Einwohnern. Die Landesregierung wollte effizientere Verwaltungseinheiten und beauftragte eine

Expertengruppe unter der Leitung von Prof. Weber von der Universität Göttingen, ein Gutachten für die Umsetzung der Reform zu erstellen.

Die Expertengruppe empfahl im Jahr 1970 die Zusammenlegung kleinerer Kommunen zu einer Verwaltungseinheit mit mindestens 5000 – 8000 Einwohnern.

Nach Bekanntwerden dieser Empfehlung hoffte die Gemeinde Brinkum, zusammen mit der Nachbargemeinde Seckenhausen die Eigenständigkeit bewahren zu können. Aber der Landesregierung war das zu wenig, sie wollte die Zahl der Kommunen in Niedersachsen auf unter 1000 bringen. Sie verfügte, dass die fünf Gemeinden Brinkum, Seckenhausen, Heiligenrode, Groß Mackenstedt und Fahrenhorst eine neue Gemeinde bilden sollten.

Die Jahre 1970 und 1971 waren bestimmt von ungezählten, kräftezehrenden Planungs- und Ausschusssitzungen sowie Arbeitsgruppen der noch selbstständigen Gemeinden. Jeder Bürgermeister kämpfte für den Erhalt z.B. seiner Feuerwehr oder seiner Schule. Daneben gab es zahlreiche Sitzungen des Ausschusses „Schulentwicklung und Raumprogramm“, dem Vertreter aus dem Rat und der Verwaltung sowie der Schulen angehörten.

Zu der Zeit gab es in Brinkum eine Volksschule (in der Feldstraße) und eine Realschule (in der Jahnstraße), in Seckenhausen und Heiligenrode je eine Volksschule.

Am Ende einigte man sich auf folgende Schulkonzeption:

1. Einrichtung einer Orientierungsstufe für die 5./6. Klassen aus Brinkum, Seckenhausen und Heiligenrode, die aus räumlichen Gründen in Heiligenrode beschult werden sollte
2. die Volksschulen Seckenhausen und Heiligenrode werden aufgelöst; die Klassen 1 – 4 werden Grundschulen; die bisherigen Volksschuloberstufen (Kl. 7 – 9) werden in der Volksschule Brinkum unterrichtet
3. die Volksschule Brinkum wird Mittelpunktsschule
4. Nach dem Durchlaufen der OS besuchen die für das Gymnasium empfohlenen Schülerinnen und Schüler das Gymnasium in Leeste, das ab dem Schj. 1973/74 als Dépendance des Gymnasiums Syke eingerichtet werden sollte. Die übrigen Schülerinnen und Schüler kehren zurück nach Brinkum, je nach Empfehlung zur Volksschule oder zur Realschule.

Warum ein Gymnasium in Leeste? Leeste hatte als eine von zehn Schulen im Land Niedersachsen schon zum 1. August 1971 die Orientierungsstufe eingeführt.

Während die Orientierungsstufe für den 5. Jahrgang aus Brinkum, Seckenhausen und Heiligenrode im Schuljahr 1972/73 in Heiligenrode die Arbeit aufnahm, wurden in Brinkum die Weichen für eine weitere Veränderung im Schulbereich gestellt: Zum 1. 8. 1973 wurde die Volksschule in eine Grund- und eine Hauptschule mit den Klassen 7 – 9 aufgeteilt. Und es folgte ein weiterer Schritt: Die Grundschule und die Realschule tauschten die Standorte, und die Hauptschule und die Realschule bildeten ein Schulzentrum im Feldstraßengebäude mit dem Ziel, die Lehrerinnen und Lehrer schulformübergreifend einzusetzen.

Damit war die Schulkonzeption der künftigen Einheitsgemeinde Brinkum abgeschlossen.

Doch dann kam der Paukenschlag: Aus Hannover kam die Mitteilung, dass die neue Gemeinde nicht nur aus fünf bisher selbstständigen Gemeinden bestehen, sondern um die Gemeinden Stuhr, Moordeich und Varrel erweitert werden sollte. Stuhr, Moordeich, Varrel: Damit hatte niemand gerechnet, gehörten doch diese drei Gemeinden dem Landkreis Oldenburg und nicht dem Landkreis Grafschaft Hoya an. Es gab viele Vorbehalte, aber die Bezirksregierung ließ nicht mit sich reden – zum Glück, wie ich aus heutiger Sicht sagen möchte.

Es begann also eine neue Phase der Verhandlungs- und Planungsrunden, diesmal noch heftiger und zermürend als die vorangegangene. Unter anderem musste geklärt werden: Sollte die neue Gemeinde eine Samtgemeinde oder eine Einheitsgemeinde werden?

Dann gelang es vor allem dem damaligen Gemeindedirektor Hermann Rendigs, den Blick aller Beteiligten nach vorn zu richten. Welche Chancen täten sich auf durch die Zusammenführung der beiden Bereiche, vor allem wirtschaftlich! Und mit der Zunahme der Einwohner ergäben sich auch neue Schülerzahlen, die dazu führen könnten, für die neue Gemeinde die Genehmigung für ein Gymnasium am Ort zu erhalten.

Im November 1973 wurden der Bezirksregierung die aktuellen Schülerzahlen und die

Fortschreibung vorgelegt mit der Frage, ob ein Gymnasium vorgesehen werden könnte. Die Antwort war: Ja – aber...

Das Aber hatte folgenden Hintergrund:

1970 hatte die SPD die Landtagswahl mit absoluter Mehrheit gewonnen; Ministerpräsident wurde Alfred Kubel. Deshalb teilte die Bezirksregierung im Januar 1974 mit, dass es nur zwei Möglichkeiten gäbe: eine IGS für den Sekundarbereich I oder eine KGS mit den drei herkömmlichen Schulformen als Schulzweige mit den Klassen 7 – 10 als Weiterführung der Orientierungsstufe. Eine Planungsgruppe müsse das Konzept für die neue Schulform erarbeiten.

Man entschied sich mit großer Mehrheit für das KGS-Modell.

Am 21. Januar 1974 unterschrieben die Vertreter der acht Gemeinden den sogenannten Gebietsänderungsvertrag für die neue Einheitsgemeinde Stuhr, die am 1. März 1974 ihre Arbeit aufnahm.

Im September 1974 wurde zwischen Vertretern der Bezirksregierung, des Schulträgers und der Stuhrer Schulen folgende Schulkonzeption vereinbart:

- Eine KGS in Brinkum (Kl. 7 – 10)
- Ein Schulzentrum in Moordeich (mit OS, Hauptschule und Realschule)
- Eine Gymnasiale Oberstufe in Leeste.

Nun wurde wieder geplant – in der Gemeinde ging es neben all den neuen Aufgaben um den Bau eines neuen Schulgebäudes, und in der Schule gab es eine Planungsgruppe für das Erarbeiten einer KGS-Konzeption sowie zahlreiche Fachbereich-Arbeitsgruppen, die Lehrpläne für die künftigen drei Schulzweige erstellten.

Am Ende des Schuljahres 1974/75 konnten der Bezirksregierung die Arbeitsergebnisse vorgelegt werden, und kurz darauf wurde eine Genehmigung des Schulversuchs zum 1.8.1976 zugesagt.

Als dann im Spätherbst 1975 auch die schriftliche Genehmigung eingegangen war, begannen die Bauarbeiten am Brunnenweg für das neue Schulgebäude und eine dreiteilige Sporthalle.

Am 5. August 1976 war es dann so weit: Start der KGS in der Feldstraße mit dem 7. Jahrgang. Es wurde eng in dem Gebäude, denn noch gab es ja die Klassen 8 und 9 der auslaufenden Hauptschule und die Klassen 8 – 10 der auslaufenden Realschule. Im Frühjahr 1977 war das neue Schulgebäude bezugsfertig, aber man kam überein, den Umzug erst zum 1.8. 1977 durchzuführen, dann mit den Jahrgängen 7 und 8. Mit jedem neuen Jahrgang wurden der KGS auch zunehmend Gymnasiallehrkräfte zugewiesen.

Zwei Jahre später ergab die Fortschreibung der Schülerzahl für den 10. Jahrgang im Gymnasialzweig so viele Schülerinnen und Schüler, dass Gemeinde und Schulleitung bei der Bezirksregierung die Einrichtung einer Gymnasialen Oberstufe beantragten, und als diese zum 1.8.1980 genehmigt wurde, begann der Schulträger umgehend mit der Planung für den Bau eines Sekundarstufe II-Gebäudes. Das neue Gebäude war zu Beginn des Schuljahres 1982/83 fertiggestellt, und ein Jahr später verließ der erste Abiturjahrgang die nun vollausgebaute KGS.

In den folgenden 20 Jahren war die KGS in vielen landesweiten Schulwettbewerben sehr erfolgreich. Zahlreiche Projekte - vorwiegend unterstützt vom seit 1982 bestehenden Förderverein - machten die Schule landesweit bekannt. Sie wurde 1998 als eine von 19 EXPO-Schulen im Rahmen der Weltausstellung in Hannover im Jahr 2000 ausgezeichnet.

Von den Folgejahren möchte ich nur zwei erwähnen:

Im Jahr 2001 feierte die KGS nicht nur das 25-jährige Bestehen, die Gemeinde Stuhr bekam nicht nur den ersten hauptamtlichen Bürgermeister, sondern die KGS erhielt eine Schwester: zum 1.8.2001 wurde aus dem Schulzentrum Moordeich eine Kooperative Gesamtschule für die Jahrgänge 7-10.

Und: Im Jahr 2004 kam es in Niedersachsen zu einer Veränderung im Schulsystem: Die Orientierungsstufe wurde abgeschafft und die Jahrgänge 5 und 6 wurden Teil der KGS.

Nach dem Rückblick auf die Entstehung und Entwicklung der KGS nun ein Blick nach vorn. Keiner kann sagen, wie Schule in zehn oder zwanzig Jahren aussehen wird,

keiner kann heute schon absehen, welche Chancen oder welche Gefahren die KI mit sich bringt. Es könnte sein, dass die Entwicklung des Hauptschulzweigs früher oder später von einer dreigliedrigen zu einer zweigliedrigen KGS führt.

Beim Start der KGS vor 50 Jahren sah die prozentuale Aufteilung der Schülerinnen und Schüler des 7. Jahrgangs so aus: H-Zweig ca. 55 %, R-Zweig ca. 25 %, G-Zweig ca. 20 %. Das hat sich im Laufe der Jahrzehnte kontinuierlich verschoben. Im derzeitigen 7. Jahrgang besuchen rd. 11 % den H-Zweig, 45 % den R-Zweig und 44 % den G-Zweig. Zum Vergleich: Der Landesdurchschnitt aus dem Jahr 2025 zeigt vor allem für den Realschul- und Gymnasialbereich sehr abweichende Zahlen: Hauptschule rd. 10 %, Realschule 30 % und Gymnasium rd. 60 %.

Wie und wohin sich die KGS Stuhr-Brinkum in den nächsten Jahren entwickelt, ist ungewiss. In einem Punkt aber bin ich mir sicher: Der Schulträger, die Verwaltung und auch der gestern neugewählte Rat der Gemeinde Stuhr werden - wie in all den Jahren zuvor - für diese Schule wie auch für alle anderen Schulen in der Gemeinde ortsteil- und fraktionsübergreifend die besten Entscheidungen suchen und treffen.

Als ehemaliger Mitbegründer und Mitgestalter dieser KGS möchte ich mit einem Wunsch schließen. Ich wünsche dieser Schule, dass viele künftige Schülerinnen und Schüler am Ende ihrer Schulzeit sagen:

„Ich habe mich an dieser Schule wohlfühlt, habe viel gelernt und hatte eine schöne Schulzeit.“

Wenn das gelingt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann gelingt das dank eures Engagements und eurer Arbeit.

Herzlichen Dank für Ihr geduldiges Zuhören!